



Gewerkschaft der Polizei

Mitglied der Union Internationale
des Syndicats de Police

Landesbezirk Thüringen

Gewerkschaft der Polizei · Landesbezirk Thüringen
Juri-Gagarin-Ring 153 · 99084 Erfurt

Thüringer Innenministerium
Minister
Herrn Manfred Scherer
Steigerstr. 24
99096 Erfurt

Landesbezirksvorstand

Juri-Gagarin-Ring 153
99084 Erfurt
Telefon: 03 61 / 598 95-0
Telefax: 03 61 / 598 95-11
e-mail: gdp-thueringen@gdp-online.de
Internet: www.gdp-thueringen.de

Bankverbindung:
SEB
BLZ: 820 101 11
Kto.-Nr.: 137 133 44 00

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben von

Unser Zeichen

Datum

Pape

12. August 2009

Ergebnisse einer Fachtagung „Diabetes im Polizeivollzugsdienst“

Sehr geehrter Herr Scherer,

die Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Thüringen, hat am 22. und 23. Juli 2009 eine Fachtagung zum Thema „Diabetes im Polizeivollzugsdienst“ durchgeführt. Teilnehmer waren Betroffene, Berufs-, Personal- und Schwerbehindertenvertreter, Vertreter des Innenministeriums, Behördenleiter, Personalsachbearbeiter und Vertreter des polizeiärztlichen Dienstes.

Im Ergebnis der Tagung wurden durch Arbeitsgruppen Handlungsempfehlungen für Vorgesetzte und Betroffene vorgelegt. Zu den Ergebnissen gehört der Entwurf für eine Vereinbarung zwischen Dienststelle und Diabetiker, durch deren Abschluss und Einhaltung Polizeivollzugsbeamte im Polizeivollzugsdienst verbleiben könnten und gleichzeitig größere Handlungssicherheit für den Dienstherrn entsteht.

Die Teilnehmer stellen ausdrücklich fest, dass die Prävention von Risikofaktoren für Diabetes den Gesundheitszustand von Polizeibeamten verbessern und Diabetes verhindern oder zumindest verzögern kann. Die PK'in Friederike Blei hat diese Art der Prävention zum Thema ihrer Diplomarbeit an der VFHS, FB Polizei gemacht und ein Präventionsprogramm entwickelt. Die GdP unterstützt dieses Präventionsprogramm und führt gegenwärtig eine Umfrage unter ihren Mitgliedern durch, um potentielle Teilnehmer für dieses Präventionsprogramm zu gewinnen.

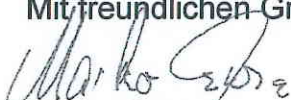
Für die weitere Bekämpfung von Diabetes und ihrer Folgen für die Polizei benötigen wir Ihre Unterstützung. Wir überreichen Ihnen hiermit die geschaffenen Unterlagen und bitten Sie, diese durch Ihre Fachabteilung und den polizeiärztlichen Dienst prüfen zu lassen und mit uns gemeinsam so weiter zu entwickeln, dass diese in eine entsprechende Erlasslage des TIM oder in eine Dienstvereinbarung zwischen Innenminister und Hauptpersonalrat Polizei münden. Wir halten die Benennung der Verantwortlichkeit und konkrete Terminstellungen für die Prüfung für unerlässlich, um das Problem Diabetes im Polizeivollzugsdienst kurzfristig in geordnete Bahnen zu lenken und einen für die Betroffenen und den Dienstherrn befriedigenden Zustand zu erreichen.

Wir werden die erarbeiteten Unterlagen vorab bereits auch den Leitern der Behörden und Einrichtungen zur Verfügung stellen, um diese vom gegenwärtigen Diskussionsstand zu informieren und ihnen die Ausübung pflichtgemäßen Ermessens beim Umgang und der Verwendung von Diabetikern zu erleichtern.

Prof. Ulrich Alfons Müller vom Fachbereich Endokrinologie und Stoffwechselerkrankungen der FSU Jena hatte in seinem Vortrag auf neuere wissenschaftliche Untersuchungen und Erkenntnisse verwiesen, die zum Teil die Gefahren, die von Diabetikern für sich und andere ausgehen, erheblich relativieren. Insbesondere die gute medizinische Betreuung von Diabetikern in Deutschland nannte er als Ursache für eine positivere Gefahrenprognose, als sie gegenwärtig von Arbeitsmedizinern gesehen wird. Er wollte sich diesbezüglich über die Deutsche Diabetes Gesellschaft (DDG) mit den Arbeitsmedizinern in Verbindung setzen und seine Erfahrungen und Forschungsergebnisse mitteilen. Konkrete Aussagen zum Thema „Diabetes im Polizeivollzugsdienst“ seien aber auf Grund von bisher nicht vorhandenen Erkenntnissen und Untersuchungen schwierig. Er bot an, Diabetes im Polizeivollzugsdienst im Rahmen der Forschungsarbeit der FSU Jena wissenschaftlich untersuchen zu lassen. Eine solche Untersuchung müsste jedoch unter Leitung des TIM und unter Einbeziehung des polizeiärztlichen Dienstes gründlich vorbereitet werden. Dazu bedarf es u.E. eines konkreten Auftrages Ihrerseits, um den wir Sie hiermit bitten möchten.

Wir hoffen mit den vorgelegten Unterlagen einen Beitrag zur Lösung des „Diabetesproblems“ der Thüringer Polizei geleistet zu haben. Für weitere Fragen und für die weitere Arbeit am Thema stehen Ihnen die Hauptschwerbehindertenvertrauensperson der Thüringer Polizei, Frau Petra Müller und ich gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen


Marko Grosa
Vorsitzender